Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Sammelnummer: Amt Dresden Nr. 34507
Telegr.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 656
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Illust. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Briefkasten, Was alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Nachzahl. d. Lesegeld. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, übern. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

297 — Mittwoch, den 23. Dezember — 1925

Englisches Ränkespiel gegen die deutsch-russische Annäherung

Die Reichsregierung auf Urlaub

Der „Lok.-Anz." meldet, daß Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann Berlin zu einem kurzen Weihnachtsurlaub verlassen haben. Die offizielle Vertretung des Reichskanzlers übernimmt Reichswehrminister Dr. Geßler. Auch die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts werden in den nächsten Tagen zu kurzem Weihnachtsurlaub von Berlin abreisen.

Die Untersuchung der Attentatspläne

Wie verlautet, hat der Oberreichsanwalt mit den Ermittlungen gegen die beiden Stresemann-Attentäter den Berliner Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Grasle betraut, bei dem die Voruntersuchung in der Angelegenheit liegt. Dr. Grasle ist bekanntlich auch in dem in Berlin anhängigen Fememordverfahren als Untersuchungsrichter tätig.

Ein Friedensdenkmal in Locarno

Aus Genf kommt die Nachricht, daß der Gemeinderat von Locarno die Absicht habe, die Initiative zur Errichtung eines Friedensdenkmals zu ergreifen, das die Erinnerung an die Konferenz von Locarno verewigen soll.

Wer erschwert die Luftfahrt-Verhandlungen?: Frankreich

(Eigener Informationsdienst.)

Wie wir erfahren, sind die Pariser Verhandlungen über die Regelung der Luftfahrtfragen, die jetzt bis zum neuen Jahr vertagt worden sind, durch plötzlich aufgetretene Gegensätze auf einen ziemlich schwierigen Punkt angelangt. Auf alliierter Seite ist zwar nach wie vor eine gewisse Bereitschaft zum Entgegenkommen an Deutschland zu beobachten, aber auch jetzt noch

begegnet die deutsche Forderung auf unbegrenzte Freigabe des privaten Flugzeugbaues bei den Alliierten ernsthaften Widerständen.

Unter solchen Umständen war es nicht möglich, schon jetzt zu einer grundlegenden Verständigung zu gelangen. Wie mitgeteilt wird, liegen die Schwierigkeiten zum größeren Teil bei Frankreich, zum kleineren Teil bei den Engländern. Dabei macht sich der Umstand geltend, daß gewisse

Konkurrenz-Rücksichten bei den Alliierten maßgebend

zu sein scheinen, und daß man die Zugeständnisse an Deutschland auf ein bestimmtes Gebiet zu begrenzen sucht.

Die Oeffnung der englischen Archive

(Eigener Informationsdienst.)

Die englische Regierung kündet nunmehr die Veröffentlichung verschiedener Dokumente aus der Zeit des Kriegsausbruches an. Es handelt sich dabei, wie wir erfahren, im wesentlichen um die Akten des Foreign Office über die englischen Vermittlungsvorschläge nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien und die Aktion Greys beim damaligen deutschen Botschafter Fürst Lichnowsky. In den deutschen Regierungskreisen sieht man den englischen Veröffentlichungen mit denkbar größtem Interesse entgegen, da man erwartet, daß es alsbald zu einer regen öffentlichen Diskussion und zu ziemlich scharfen Auseinandersetzungen in der öffentlichen Meinung der beteiligten Ländern kommen wird. Auch die französische Regierung scheint sich mit dem Gedanken zu tragen, ihrerseits Dokumente in allernächster Zeit herauszugeben. Damit werden die Erörterungen über die Kriegsschuldfrage voraussichtlich in ein ganz neues Stadium gelenkt werden.

Fast 200 000 deutsche Italien-Reisende

Muß das sein?

Zu den neuesten Meldungen über den Terror der Italiener gegen die Deutschen in Südtirol weist die Tägliche Rundschau u. a. darauf hin, daß im Jahre 1925 180 000 Deutsche nach Italien gefahren sind, die dorthin laut italienischen Quellen 646 Millionen Lire gebracht haben. Es wäre sehr zu bedenken, ob dem Reisestrom nach Italien nicht ein Riegel vorgeschoben werden müsse.

Das Abkommen über das deutsche Eigentum in Amerika

Der Ausschuß, der den Aufruf zur Beteiligung an dem von Dr. Kießelbach vorbereiteten Abkommen über die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika unterzeichnet hatte, nahm gestern den Bericht über den bisherigen Stand der Vorbereitungsarbeiten entgegen. Das bisher erzielte Ergebnis kann als durchaus erfreulich bezeichnet werden, und zwar sowohl hinsichtlich des Gesamtbetrages der Guthaben der zustimmenden Gläubiger, wie auch hinsichtlich des Betrages, bis zu dem eine Zeichnung der auszugebenden Bonds als gesichert erscheint.

Hilfe für die erwerbslosen Angestellten

Der Sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat folgenden Antrag seines Arbeitsausschusses über die Notlage der älteren Angestellten einstimmig angenommen: 1. Allen älteren erwerbslosen ausgesteuerten Angestellten, insbesondere den über 40 Jahre alten mit eigenem Hausstand, eine sofortige einmalige Unterstützung von wenigstens 100 Reichsmark zu gewähren; 2. den gleichen Betrag allen erwerbslosen älteren Angestellten zu gewähren, insbesondere den über 40 Jahre alten mit eigenem Hausstand, die der Erwerbslosenfürsorge nicht unterstehen; 3. bei der Festsetzung des Betrages den Familienstand und die Dauer der Erwerbslosigkeit zu berücksichtigen; 4. die erforderlichen Beträge durch das Reich aufzubringen; 5. die Dauer der Erwerbslosenunterstützung für die älteren Angestellten bis auf 52 Wochen zu erhöhen. Der Arbeitsausschuß empfiehlt, durch die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände aus vorhandenen Fonds Mittel für solche älteren Angestellten aufbringen zu lassen, die auch durch die gesetzlich zulässige Verlängerung der Unterstützungsdauer nicht in den Genuß der Erwerbslosenfürsorge gelangen können, sowie geeignete Notstandsarbeiten für solche Angestellte bereitstellen zu lassen — Die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses sind der Reichsregierung sofort übermittelt worden.

*

Traurige Folgen der Arbeitslosigkeit

Die Akten des Berliner Polizeipräsidiums verzeichnen in der Woche vom 13. bis 19. Dezember 74 Fälle von Selbstmord infolge Arbeitslosigkeit und Nahrungssorgen.

Tschitscherins Berliner Besprechungen

Ihr Ergebnis: Vertiefte Pflege der Freundschaft mit Deutschland

Der russische Außenminister Tschitscherin ist nach seinem mehrwöchigen Aufenthalt in Frankreich äußerst herzlich in der deutschen Reichshauptstadt aufgenommen worden und man kann ohne Uebertreibung feststellen, daß er durch seine mehrfachen Besprechungen mit Dr. Stresemann die deutsch-russische Freundschaft stark befestigt hat. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden

Neuorientierung der russischen Außenpolitik

war es für Deutschland von besonderer Wichtigkeit, daß Tschitscherin bei seinen Besprechungen die starken Berührungspunkte betont hat, die für die spätere Zukunft zwischen der deutschen und der russischen Politik bestehen, und die es zur Notwendigkeit machen werden, daß der Weg von Rapallo, der Deutschland und Rußland wirtschaftlich und politisch näher gebracht hat, fortgesetzt werden muß. Deutschland wird als Mitglied des Völkerbundes mitbestimmender Faktor bei der Regelung der großen europäischen Fragen, bei denen der Völkerbund seine Autorität und seine vermittelnde Initiative zur Geltung bringen soll. Tschitscherin hat es verstanden, die deutsche Regierung davon zu überzeugen, daß es für den russischen Sowjetstaat keine Möglichkeit gibt, seinen ablehnenden Standpunkt zu ändern und etwa später sich am Völkerbund beteiligen zu wollen. Da aber auch Rußland zur Abrüstungskonferenz eingeladen worden ist, so kann es als Außenstehender seinen Einfluß auf diese wichtigen Probleme geltend machen.

Die deutsche Diplomatie konnte sich inzwischen davon überzeugen, daß

die russische Politik ausgesprochen defensiv

gerichtet ist, und daß die Behauptungen gewisser Westmächte, Rußland betreibe eine aggressive Kriegspolitik, jeglicher Grundlage entbehren.

Die gegenwärtige Anwesenheit des deutschen Botschafters, Graf Brockdorff-Rantzau, in der Reichshauptstadt läßt darauf schließen, daß die

Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland weitergehen,

und daß man auf beiden Seiten entschlossen ist, neue Abmachungen zu treffen. Auffälligerweise bemüht sich neuerdings England, die Verhandlungen mit Rußland wieder aufzunehmen, so daß dadurch ein gewisser Gegensatz zwischen der deutschen und der englischen Wirtschaftspolitik aufgetreten ist. Den Engländern wäre eine Kündigung des Rapallo-Vertrages zweifellos sehr willkommen und sie suchen daher mit allen möglichen Mitteln die deutsch-russischen Beziehungen zu stören. Neuerdings scheinen die Engländer sich um die französische Vermittlung zu bemühen, um mit Moskau zu neuen Verhandlungen zu kommen. Daß sie dabei ein gewisses Interesse daran haben werden, Deutschland in den Hintergrund zu drängen, erscheint um so begreiflicher, als Frankreich nicht ohne entsprechende Gegenleistungen bereit zu sein scheint, gemeinsames Spiel mit London zu treiben.

Politische Weihnachten

Das diesjährige Weihnachtsfest steht im Zeichen ernster innerpolitischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Während im vorigen Jahre die Gesamt-Situation durch die verhältnismäßig günstige Auswirkung der Londoner Dawes-Konferenz und der Auslandsanleihe an Deutschland bedingt war und allgemein die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Gesundung eingesetzt hatten, ist dieser Entwicklungsprozeß infolge der überhandnehmenden Geldschwierigkeiten plötzlich unterbrochen worden. Obwohl die Regierungsstellen alles getan haben, um das Vertrauen des Auslandes zu der Stetigkeit der deutschen Politik und zur deutschen Wirtschaft zu heben, sind die Erwartungen, die man hinsichtlich der ausländischen Kredite gehegt hatte, ernsthaft enttäuscht worden. Die Gründe hierfür liegen in dem vollständig verfehlten System der gesamten deutschen Kreditverhältnisse. Alles hat sich auf kurzfristige Kredite eingestellt, die möglichst hoch verzinst werden sollen, so daß die beliehenen industriellen Unternehmungen in Zahlungsschwierigkeiten geraten müssen, sobald die kurze Frist der Kredite abgelaufen ist. Die Schuld liegt also einzig und allein an den unerträglichen Zuständen, die man in Deutschland durch den Mangel an Einsicht und wirtschaftlicher Voraussicht selbst herbeigeführt hat. Wenn beispielsweise die Tatsache zu verzeichnen ist, daß täglich eine ganze Anzahl angesehener Firmen den Konkurs oder die Geschäftsaufsicht beantragen müssen, dann kann man es den ausländischen Kreditgebern nicht verdenken, wenn sie sich scheuen, Kreditsuchern, die auf schwankenden Füßen stehen, ihre Gelder anzuvertrauen. Man hat es in Deutschland mit einer sehr ernst zu nehmenden Mißwirtschaft zu tun, die nur durch ein energisches Eingreifen der Reichsregierung und der Reichsbank beseitigt werden kann.

Die verschärfte Wirtschaftskrise hat sich auch auf die innerpolitische Situation ausgewirkt, indem die Möglichkeiten einer Beendigung der Regierungskrise stark beeinträchtigt worden sind, denn die Parteien zeigen eine unüberwindliche Scheu vor der Verantwortung an der Regierungspolitik, deren Hilflosigkeit gegen die unerträglichen wirtschaftlichen Zustände die Nervosität der politischen Kreise noch erhöhen mußte.

Vorige Weihnachten hatten wir zwar ebenfalls eine ernste Regierungskrise, die jedoch durch die breite Basis der bürgerlichen Parteien beseitigt werden konnte. Diesmal ist jedoch eine geeignete Basis für die Regierungsbildung überhaupt nicht vorhanden, denn nach dem Scheitern der Großen Koalition ergibt sich keine einzige Möglichkeit, ein neues Kabinett mit einer tragbaren parlamentarischen Mehrheit zustande zu bringen. Das Jahr 1925 wird daher beendet werden, ohne daß die Regierungskrise gelöst ist.

Der politische Weihnachtstisch ist daher im Jahre 1925 nicht mit erfreulichen Geschenken gesegnet. Der einzige positive Erfolg der Regierungspolitik der letzten Monate stellt sich in den Erleichterungen im besetzten Gebiet und in der Räumung der Kölner Zone dar. Auch der bevorstehende Abbau der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission könnte allenfalls noch als ein erfreuliches Zeichen der Besserung der poli-

SLUB
Wir führen Wissen.